

POLKE



Initiative zur Erneuerung der politischen Kultur

GRUNDSATZPAPIER

September 2011

Einleitung

Die Demokratie als politisches System ist angezählt, sie steckt weltweit in der Krise. So auch in Österreich. Spätestens seit den inhaltsleeren, niveau- und visionslosen Wahlkämpfen in der Steiermark und Wien vom Vorjahr bzw. den Vorfällen rund um Grasser, Strasser, BAWAG; BUWOG, HYPO, TELEKOM, usw. wissen wir, dass es um weite Teile der österreichischen Politik schlecht bestellt ist.

Hauptverantwortlich für diesen Umstand ist zum einen eine Vielzahl von Politikerinnen und Politikern. Zum anderen eine große Mehrheit von uns, Bürgerinnen und Bürger, weil wir in den letzten Jahren von unseren demokratischen Einflussmöglichkeiten zu wenig Gebrauch gemacht, Missstände nicht deutlich genug aufgezeigt und die Politikerinnen und Politiker nicht durch unsere kritische Aufmerksamkeit in die Schranken gewiesen haben.

Die Demokratie, wie sie momentan gelebt wird, verdient diesen Namen eigentlich nicht mehr. Sie muss wieder ihrem Ursprungsgedanken zugeführt werden. Es bedarf eines Wandels im politischen System, der die Demokratie als „Herrschaft des Volkes“ stützt und schützt, damit sich wieder mehr Leute mit den politischen Entscheidungen identifizieren können.

Es ist höchste Zeit, dass sich wir Bürgerinnen und Bürger dieses Landes zusammenschließen und gemeinsam überlegen, wie die Demokratie in unserem Land erneuert werden kann. Wir können in einer Demokratie mehr tun als bloß wählen bzw. nicht wählen zu gehen!

Um eine wirkliche Veränderung herbeiführen zu können, müssen wir zunächst viele werden und unsere Unzufriedenheit ausdrücken!

Es gibt viele Bereiche im aktuellen politischen System Österreichs, die die Unzufriedenheit der Bevölkerung schüren:

- die Bürgerferne der Politik
- die kurzfristige politischen Denk- und Arbeitsweise
- die momentan praktizierten Rhetorik und das Auftreten von PolitikerInnen
- der moralischen Verfall (Korruption, Steuerhinterziehung, ...) in der Politik
- der untergriffigen, respektlosen Umgang von PolitikerInnen untereinander
- die Visions- & Mutlosigkeit und gegenseitigen Blockade der beiden Großparteien
- die sukzessive Aushöhlung der demokratischen Errungenschaften und Grundrechte wie (Meinungs-) Freiheit, Bürgerbeteiligung oder Gewaltentrennung
- die Klientelpolitik, die viele Reformen bremst und ein Weiterkommen verhindert
- die Inhaltsleere und Niveaulosigkeit der Wahlkämpfe
- die hohen Wahlkampfkosten
- usw.

Wir glauben, dass eine andere Politik notwendig ist – und dass eine andere Politik möglich ist.

Die Volksvertreterinnen und Volksvertreter sollen ihrem Namen wieder gerecht werden. Die Grundlage allen politischen Handelns sollen die Anliegen, Bedürfnisse, Wünsche und Sorgen der Bevölkerung und eine Ausrichtung am Gemeinwohl sein. Politik soll wieder zur obersten gesellschaftsgestaltenden Instanz werden. Bürgerinnen und Bürger sollen wieder gehört und ernst genommen werden, also mitbestimmen können.

Um diese Anliegen zu verwirklichen, haben wir im Oktober 2010 **POLK** gegründet.

POLK ist „Echo aus dem Volk“ und sieht sich so als Interessensvertretung, die die Anliegen, Bedürfnisse, Wünsche und Sorgen der Bevölkerung sammelt und in Form von Forderungen und konkreten Lösungsansätzen in das politische System hinein reklamiert.

POLK ist eine **partei-unabhängige Basis-Bewegung**, die sich **für die Verbesserung und Erneuerung der politischen Kultur**, somit **für die Erneuerung und Stärkung der Demokratie in Österreich** einsetzt.

POLK ist eine Initiative, die sich aus parteilosen Bürgerinnen und Bürgern unterschiedlichster regionaler, religiöser und kultureller Herkunft zusammensetzt.

POLK ist eine politische NGO, die von Graz aus versucht, Menschen aus allen sozialen Schichten, aus den unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen und aus möglichst vielen Regionen Österreichs anzusprechen.

POLK bietet eine Plattform für Bürgerinnen und Bürger, die einerseits verärgert und unzufrieden mit der politischen Situation in unserem Land sind, aber andererseits konstruktiv bzw. gestaltungswillig an einer Veränderung arbeiten möchten. Ziel von **POLK** ist es einen lebendigen Gedankenaustausch zu ermöglichen.

Das vorliegende Grundsatzpapier ist die Vision eines neuen politischen Österreichs. „Politische Kultur ist die Orientierung politischen Handelns an Werten, Einstellungen und Meinungen.“ (Filzmaier, Peter: Politik und Politische Bildung 2005, S. 73) Unsere Überlegungen setzten genau hier an. In einem ersten Schritt sammelten wir Werte, die für unser demokratisches System unerlässlich sein und das politische Handeln bestimmen sollten. Wir gruppieren diese essentiellen Werte und konkretisierten unsere Einstellungen in unseren Grundsätzen. In einer weiteren Phase möchten wir daraus konkrete Lösungsansätze und Maßnahmen entwickeln, die positiv-konstruktive Vorschläge/Gegenentwürfe zu aktuellen Problemlagen darstellen sollen. Es handelt sich bei diesem **POLK**-Grundsatzpapier um keine endgültige Version, sondern um einen Erstentwurf, der von möglichst vielen Menschen weiterentwickelt werden soll.

Je mehr wir sind, desto besser stehen die Chancen für einen Wandel und dieser kann nur gemeinsam bewirkt werden.

Lasst uns gemeinsam der Demokratie zu einem zweiten Frühling verhelfen!

Graz, September 2011

Kompetenz & Mut

1. Wir wollen inhaltlich kompetente PolitikerInnen, die sich mit ihren Themen auch unters Volk trauen!

Viele Konzepte kommen in regelmäßigen Abständen aus den Schubladen, nur um Ideen zu besetzen. Gibt es in einem Bereich ein Problem, wird zuerst oft nur beschwichtigt. Wir vermissen originäre Zugänge, visionäre Ideen und durchdachte, richtungsweisende Politik, die auch Lösungen anderer Staaten kennt, für Österreich adaptiert und weiterentwickelt.

Dazu ist es wichtig, sich mit aktuellen Tendenzen auseinanderzusetzen, die Wissenschaft zu Rate zu ziehen und sich laufend auf inhaltliche Diskussionen einzulassen um Kompetenz zu erlangen. Nicht zuletzt fehlt es kompetenten PolitikerInnen auch nicht an Mut, das Volk zu den angebotenen Richtungen zu befragen. Sind die Konzepte ausgereift, braucht niemand diesen demokratischen „Test“ zu scheuen. Dann kann auch das Volk vor den Abstimmungen objektiv informiert werden und man braucht nicht mehr zu einseitigen Darstellungen zu greifen.

2. Wir wünschen uns PolitikerInnen, die die Kompetenz und den Mut haben, gegen den Strom zu schwimmen!

Wie viele Entscheidungen werden in EU-Gremien einstimmig getroffen und später national kritisiert. Warum stimmen Gewerkschafter mit Mandaten für ein Gesetz, das ihre Organisation später vor dem Verfassungsgerichtshof bekämpft? Wie oft wird auf der Bühne der Weltpolitik etwas durchgewunken, nur weil große, wirtschaftlich starke Staaten sich dies „wünschen“.

Eine Politik, die aufgrund ihrer hohen Kompetenz mutig ist, traut sich begründet gegen wirtschaftliche und andere Bevormundungen Stellung zu beziehen. Oft schon kamen entscheidende Hinweise und Vorstöße von „kleinen“ Staaten, in funktionierenden demokratischen Systemen können sich Inhalte gegen Macht durchsetzen, wenn sie nur überzeugend genug auftreten.

Auch national ist dies möglich und viel öfter nötig. Das Parlament ist dem Volk verpflichtet und soll die anderen Staatsgewalten kontrollieren. Hier ist es besonders nötig, dass sich Abgeordnete ein Herz fassen und ihrem Namen gerecht werden: Das Volk zu vertreten. Dazu ist es geboten, das freie Mandat auszuüben und aufgrund eigener Überzeugung auch einmal gegen die vorgegebene Parteilinie zu stimmen. So erhält man Aufmerksamkeit und vermittelt seinen WählerInnen, für sie zu arbeiten. Kompetente und mutige VolksvertreterInnen brauchen zwar Parteieninfrastruktur, nicht aber für jede Abstimmung eine Parteilinie statt eigener Überzeugungen.

3. Wir wollen politische Entscheidungen auf Basis von Kompetenz und Expertise!

Ein verantwortungsbewusster Umgang mit Macht bedeutet, alle relevanten Informationen in der Entscheidungsfindung zu berücksichtigen.

Derzeit stehen die meisten NGOs bzw. ExpertInnen in Opposition zur Politik. Viele ihrer Statements werden

als Kritik aufgefasst und reflexartig abgeschmettert. Damit „verschenkt“ die Gesellschaft wertvolles Wissen und die Politik kann aus Stolz, Sturheit etc. viel positive Energie nicht nutzen. Die Anbindung von Wissenschaft und Zivilgesellschaft an Politik bzw. Regierung muss wieder funktionieren.

In der heutigen schnelllebigen Zeit auf medienwirksame Eintagespolitik zu setzen und hauptsächlich mit eigenem Machterhalt beschäftigt zu sein ist unverantwortlich und schadet langfristig allen. In einer repräsentativen Demokratie darf und muss von den EntscheidungsträgerInnen verlangt werden, nicht sich selbst in den Vordergrund zu stellen, sondern dauerhaft mehrheitsfähige Entscheidungen zum Wohl der repräsentierten WählerInnen zu treffen. Dass kein Mensch alles Wissen kann, ist auch den WählerInnen bewusst, daher ist es keine Schwäche, sondern vielmehr eine Stärke und notwendig, dass sich EntscheidungsträgerInnen von verschiedensten ExpertInnen beraten lassen.

Empfehlungen nur von meinungsbildenden (oft parteizugehörigen) Interessenvertretungen einzuholen dient bloß dazu, die eigene, persönliche Macht abzusichern. Sich selbst ein Bild zu machen und dabei alle Seiten vor der endgültigen Entscheidung gleich einzubeziehen ist verantwortungsvolle Politik mit Weitblick.

4. Die Wahrheit ist den Menschen zumutbar: Wir möchten, dass auch unpopuläre Themen angesprochen werden!

Bei kompetenten PolitikerInnen laufen die Informationen zusammen. Entwicklungen lassen sich daher schon früh beobachten. Daraus erwächst aber auch die Pflicht für die Politik, diesen ins Auge zu sehen und negativen Auswirkungen entgegenzuwirken.

Dies erfordert mitunter, dass unangenehme Dinge angesprochen werden. Dafür muss bei allen EntscheidungsträgerInnen ausreichend Mut vorhanden sein, aber auch die Kompetenz, darauf Antworten geben zu können. Auch für kurzfristige Nachteile gibt es in der Bevölkerung mit Sicherheit Verständnis, wenn klar dargestellt und erklärt wird, warum dies langfristig notwendig ist. Es muss wieder offen gesagt werden, warum manche Dinge nicht funktionieren. Es leuchtet allen ein, dass manchmal zusammenrücken angesagt ist, wenn dies nachvollziehbar argumentiert und dazugesagt wird, wofür und wie lange man Zeit braucht.

Rechtzeitig angesprochen und aufgeklärt, wird auf diese Art und Weise langfristig mehr erreicht: Die Politik erhält so mehr Zeit um wirklich tragfähige Lösungen auszuarbeiten, während sich alle in guten Händen fühlen.

5. Wir setzen uns dafür ein, dass die Politik wieder die erste und oberste gesellschaftsgestaltende bzw. -reglementierende Instanz wird!

Es besteht der Verdacht, dass Bundes- und Landespolitik, teilweise auch Gemeindepolitik, im Letzten von wem anderen gemacht und bestimmt wird als von den dafür gewählten und bestellten Personen. Und der Verdacht erhärtet sich. Es hat den Eindruck als würde die Politik zum Spielball von Wirtschafts- und Finanzunternehmen als auch Lobbyisten großer, gewichtiger Wählerschichten und Interessensvertretungen. Das Gemeinwohl, das größtmögliche Glück einer größtmöglichen Zahl an BürgerInnen ist nicht mehr die

oberste Maxime, so scheint es. Wir sehen diese Tendenz als höchst bedenklich an. Wir setzen uns deshalb für eine aktive Klarstellung ein, wer „Herr im Hause Österreich“ ist. Politik braucht wieder das Image einer unabhängigen, durchschlagkräftigen Letztinstanz, um wieder ernst genommen zu werden und nicht noch weiter unter die Räder zu kommen.

Die Hauptgründe für diese Entwicklungen liegen zum einen in der primären Fokussierung auf Wählergruppen und dem damit erhofften Wahlerfolg und zum anderen die enge Verstrickung von Wirtschaft und Politik. Ersteres ist im Sinne einer Gemeinwohl-Politik, wie in Punkt 27 näher erklärt stückweise zu beheben. Letzteres bedarf einer radikalen Trennung von Doppelämtern. Was früher bei Religion und Staat notwendig wurde, ist heute in der Verbindung von Wirtschaft und Politik dringend von Nöten. Wir setzen uns dafür ein, dass gewählte PolitikerInnen künftig keine Posten und Ämter mehr in den Chefetagen großer, Markt bestimmender Finanz- und Wirtschaftsunternehmen bekleiden. Eine solche Doppelgleisigkeit führt nämlich automatisch zu Abhängigkeiten. Darüber hinaus braucht es eine EU-weit einheitliche unternehmensbezogene Steuerpolitik, damit das Druckmittel von betrieblichen Standortverlagerungen nicht mehr angewandt werden kann. Denn auf den Wirtschaftsraum Europa mit seinem Know-how und seiner Zuverlässigkeit wird man als „Big Player“ wohl kaum verzichten können. Erst durch die Maßnahmen wird es möglich sein, dass Politik wieder jenen Rang erreicht, der ihr gebührt, nämlich letztverantwortlich zu sein für das Wohl des ihr unterstellten Gemeinwesens.

Bürgernähe / Partizipation / Verständlichkeit

6. Wir wollen eine hinhörende, bürgernahe und geerdete Politik!

PolitikerInnen sollen Signale, Wünsche und Nöte der Menschen wahrnehmen und sich dieser annehmen! Dafür müssen PolitikerInnen nahe bei den Betroffenen sein und wenn möglich deren Alltag (miter)leben. Der Zugang des Volkes zu den PolitikerInnen muss wieder offener werden. JedeR in Österreich lebende BürgerIn, egal welcher Herkunft, soll die Möglichkeit haben, den verantwortlichen PolitikerInnen seine/ihre Anliegen vorzubringen.

Wir wollen PolitikerInnen, die sich als „Diener“ der Menschen sehen und dementsprechend ihre Aufgaben und Entscheidungen nach dem Volk richten. Die Wünsche, Anliegen, Bedürfnisse, Sorgen und Nöte der MitbürgerInnen sollen den PolitikerInnen am wichtigsten sein und nicht vorrangig ihre Machtposition und die Überlegung, wie sie sie stärken können. Der Mensch soll wieder im Mittelpunkt politischer Entscheidungen sein. Die festgefahrenen Positionen müssen von der Politik aufgeben werden. Eine wirklich hinhörende Politik würde in Vielem wesentlich menschlicher handeln.

7. Wir wollen eine Demokratie, in der das Recht (wieder) vom Volk ausgeht!

Auftraggeber der Politik alle in Österreich lebenden Menschen. Um deren die Bedürfnisse, Anliegen, Wünsche, Sorgen und Nöte wahrzunehmen, bedarf es geeigneter Werkzeuge. Wir wollen, dass die Stimme jedes Einzelnen wieder mehr Gewicht bekommt. Es müssen mehr Beteiligungsmöglichkeiten für das Volk geschaffen werden. Vermehrte regionale Versammlungen und neue Medien müssen dazu genutzt werden, den Bürger/die Bürgerin wieder mehr einzubinden, das heißt sowohl transparent Informationen anzubieten, als auch zu angedachten Paketen und Programmen zu befragen.

Wir fordern, dass die Politik den Menschen mehr politische Mündigkeit zutraut. Wäre dies der Fall, müsste man sich nicht davor scheuen, regelmäßig den Willen des Volkes (Volksabstimmungen, Volksbefragungen) abzufragen. Die BürgerInnen sollen die Möglichkeit erhalten wieder mehr an öffentlichen Vorhaben teilzunehmen und einzugreifen. Die derzeitige repräsentative Politik verleitet BürgerInnen dazu, sich aus dem Politikgeschehen auszuklinken.

Es ist allerhöchste Zeit die repräsentative Demokratie durch die Einführung verbindlicher direktdemokratischer Abstimmungs- und Beteiligungsformen zu stärken, deren Ausgang für die jeweiligen Regierungen auf Landes- und Bundesebene verbindlich ist. Die PolitikerInnen, die vom Volk gewählt wurden und auch wirklich die Interessen der BürgerInnen vertreten, haben das Vertrauen der Bevölkerung auf ihrer Seite.

8. Wir setzen uns für die Demokratisierung staatlicher und staatsnaher Organisationen und Gesellschaftsbereiche ein!

Eine authentische Demokratie setzt auch im öffentlichen Bereich auf demokratische Formen der Beteiligung und Mitsprache. Wir fordern, dass die öffentlichen Angestellten in allen Bereichen und auf allen Ebenen

verstärkt in anstehende Fragen der (Re-)Organisation eingebunden werden.

Aktuelle Reformen in der Verwaltung, im Gesundheitsbereich oder auch der Schulpolitik können durch die Einbindung mit der Bevölkerung in Kontakt stehender Beamtengruppen bürgerfreundlicher gelöst werden, da diese die Bedürfnisse der Bevölkerung und die Probleme in der Abwicklung am besten kennen.

9. Wir setzen uns für ein neues, entglorifiziertes Bild von PolitikerInnen ein!

PolitikerInnen sind keine „Übermenschen“, sondern als Menschen, die Fehler machen können und dürfen, die sich irren können, die nicht jeder Einladung nachkommen müssen und die auch angemessenen Urlaubsanspruch haben. Der/die PolitikerIn soll auch der Arbeit gemäß entlohnt werden. PolitikerInnen sollen ebenfalls Zeit für ihre Familie und Freunde finden. Politik als Beruf soll menschen- und familienfreundlicher werden. In der Politik bedarf es kluger und wohlüberlegter Entscheidungen. Überforderung, Stress, übermäßiger gesellschaftlicher Druck und unerfüllbare Anforderungen fördern solche nicht.

PolitikerInnen sind nicht an allem Schuld. Die Politik hat die Aufgabe gute Rahmenbedingungen zu schaffen, diese bestmöglich umzusetzen und auszufüllen ist die Aufgabe der Bevölkerung. BürgerInnen müssen wieder vermehrt selbstverantwortlich, klug und gewissenhaft handeln.

10. Wir setzen uns für eine aussagekräftige, verständliche und gewaltfreie politische Kommunikation ein!

Wenn die Politik etwas zu sagen hat und/oder die BürgerInnen sich über politische Überlegungen bzw. Vorhaben informieren möchte, sollte dies in einer allgemein verständlichen Sprache möglich sein. Wir fordern, dass Floskeln, „schöne“ Worte, hochtrabende Formulierungen künftig vermieden werden und durchdachte Inhalte möglichst einfach und konkret präsentiert werden. Politische Vorgänge sollen für alle Menschen in diesem Land, unabhängig von Bildungsschicht und sprachlicher Kompetenz, nachvollziehbar sein.

Wir fordern, dass PolitikerInnen erst an die Öffentlichkeit gehen, wenn sie zu ihren Vorhaben konkrete Handlungsschritte anbieten und diese verständlich und logisch argumentieren können. Gewaltfreie Kommunikation sehen wir dabei als Grundvoraussetzung für ein respektvolles Miteinander zwischen PolitikerInnen und der Öffentlichkeit.

Wahlwerbung sollte unserer Meinung nach nicht auf eine Person oder ein einziges Wort reduziert werden, sondern von inhaltlichen Konzepten geprägt sein. Die Partei mit den besten Inhalten und Argumenten sollte als Wahlsieger hervorgehen und nicht diejenigen, die am lautesten schreien oder am sympathischsten lächeln.

11. Wir setzen uns für eine nationale Politik ein, die das überregionale Projekt der Europäischen Union bestmöglich unterstützt bzw. weiterentwickelt!

Die Grundkonzeption und Zielsetzung der Europäischen Union birgt zum Einen die Vision, dass Europa als Ganzes gesellschaftlich, wirtschaftlich, kulturell wie auch sozial gut dasteht und dass die Armut, Benachteiligung und Ungleichheit innerhalb der europäischen Länder zurückgedrängt wird. Andererseits ist ein solcher Staatenbund für ein gemeinsames Agieren und Auftreten in einer globalisierten Welt von zunehmender Wichtigkeit. Die Europäische Union bedarf daher einer aktiven Zusammenarbeit, bei gleichzeitiger sinnvoller Kritik und Weiterentwicklung, um diese zugrunde gelegten Ziele zu erreichen. Halbherziges Dabeisein von Seiten einzelner Staaten untergräbt auf lange Sicht nicht den Zusammenhalt innerhalb der EU. Ein Ausstieg aus diesem gemeinsamen Projekt würde vermutlich kaum abschätzbare volkswirtschaftliche Folgen mit sich bringen.

Deshalb sind wir der Europäischen Union gegenüber grundsätzlich wohlwollend und loyal eingestellt, sehen aber durchaus einige schwerwiegende Defizite und Entwicklungspotentiale, die von der österreichischen Politik aufgegriffen werden müssten. Jedes System braucht die Legitimation durch seine Basis. Die Sinnhaftigkeit der EU wird vielerorts in Frage gestellt und somit ist deren Fortbestand gefährdet. Diesem Manko muss von Seiten der nationalen Regierungen aktiv begegnet werden. Die EU muss den Menschen näher gebracht werden und die Menschen näher an die EU. Das funktioniert jedoch nur, wenn die Durchlässigkeit und der Informationsfluss von oben nach unten und von unten nach oben gewährleistet sind. Die Menschen wollen immer auch eine Befriedigung ihrer unmittelbaren Bedürfnisse. Es braucht deshalb neben transnationalen Hilfeleistungen immer auch eine spürbare Förderung und Wertschätzung regionaler Anliegen und Traditionen sowie kultureller Gewohnheiten und Maßstäbe.

Österreich als relativ kleiner, aber reicher Staat in der EU muss danach streben, positiv an dieser Staatengemeinschaft mitzuarbeiten. Finanzielle Unterstützung alleine wird nicht ausreichend sein und wird von der Bevölkerung großteils in Frage gestellt. Doch welche Möglichkeit hat Österreich? Zunächst kann Österreich als neutraler Staat eine Mittlerfunktion in Europa einnehmen, die bei Streitfällen und anderen Problemen friedensstiftend eingreifen kann. Dies fördert nicht nur die Neutralität Österreichs, sondern auch die Bedeutung unseres Landes für die Gemeinschaft. Des Weiteren kann man als Experte in Geldfragen beratende Tätigkeiten für finanzschwache Länder übernehmen, wodurch nicht nur geholfen, sondern auch Erfahrung für den eigenen Markt gesammelt wird.

Grundsätzlich sind unsere Forderungen nach einer neuen politischen Kultur auch an die Ebene der Europäischen Politik gerichtet. Eine Veränderung dahingehend könnte die Akzeptanz der EU wesentlich erhöhen. Wir konzentrieren uns aber erstmals auf die österreichische Politik, die in diesen Belangen ja beispielhaft voran gehen kann!

Nachhaltigkeit / Prävention / Umweltbewusstsein / Weitblick

12. Wir wünschen uns eine präventive und langfristig angelegte politische Denk- und Vorgehensweise auf Basis von ganzheitlichen, durchgängig konzipierten und global gedachten Konzepten und Visionen!

Kurzfristige Politik löst die großen Aufgaben eines Staates nicht, sondern führt nur zu Aufschieben und Verlagerung bzw. meist zur Vergrößerung der Probleme. Folgen kurzfristiger Entscheidungen und Denkweisen sind Unverständnis, Verwirrung, Unklarheit und Ärger in der Bevölkerung und oft höhere Kosten für den Staat, wenn die längerfristigen Auswirkungen im globalen Kontext nicht mitbedacht werden. Ökostrom zu subventionieren belastet vielleicht aktuell das Budget, luftverpestende Kohlekraftwerke und krebserregende Radioaktivität verursachen gesamtwirtschaftlich aber ungleich mehr Schaden.

Wir setzen uns dafür ein, dass die gewählte Politik nicht primär an die kommenden Wahlen denkt. Bei politischen Entscheidungen darf nicht nur auf eine Wählerklientel gehört und Rücksicht genommen werden. Es gehört mit Voraussicht auch an unsere Kinder und Kindeskiner und die Menschen der Entwicklungsländer gedacht. Gerade in den Bereichen Arbeitsmarkt, Bildung, Entwicklungszusammenarbeit, Familienpolitik, Integration, Infrastruktur, Pensionspolitik und Umweltschutz ist für uns eine nachhaltige Denkweise der einzig verantwortbare Weg.

Gleichzeitig bedeutet dies einen größeren Fokus auf präventive Politik zu legen. In vielen Bereichen kann man mit vorausschauenden Maßnahmen spätere größere Probleme bzw. Schäden vermeiden. Hier denken wir besonders an die Themen wie Gesundheitssystem, Umweltschutz, Klimawandel, das Pensionssystem, die demografischen Entwicklungen, die Sicherung des Wirtschaftsstandortes Österreich und der Umgang mit Integration und den Entwicklungsländern. Wir setzen uns deshalb für eine vorausschauende, wissenschaftlich-fundierte und politisch-praktisch umsetzbare Krisenprophylaxe ein.

13. Wir wünschen uns ein sozialverträgliches und das allgemeine Wohl förderndes Wirtschaften!

Nach wie vor wird Gewinn als Hauptkriterium für Erfolg gesehen. Durch die Globalisierung gibt es eine vom System tolerierte und oft noch geförderte Ressourcen-, Umwelt- und Menschengrausung. Wir glauben „Erfolg“ ist auch durch Rücksichtnahme auf Ressourcen, Menschen und Umwelt möglich. Daher fordern wir, dass beim Finden von Lösungen im wirtschaftlichen Bereich von der Politik durch entsprechende Rahmenbedingungen das Wohl der Allgemeinheit als Maßstab in den Mittelpunkt gerückt wird.

Dass das labile Gleichgewicht des Ökosystems Erde durch Menschenhand gefährdet ist, wird nach und nach allen durch verschiedenste Katastrophen vor Augen geführt. Ein Beibehalten der aktuellen Lebensgewohnheiten würde unseren Lebensraum und damit den Lebensraum unserer Nachfahren vernichten. Da dies nicht weiter toleriert werden kann, fordern wir uns eine Politik, die diese Verantwortung wahrnimmt und auch gegen Widerstände aus Industrie und Wirtschaft zum Wohl der Menschheit durchsetzt.

14. Wir setzen uns für verstärkte politische Bildung in Österreich ein!

Demokratie lebt von politisch mündigen, d.h. informierten, politisch gebildeten BürgerInnen. Dazu benötigt man Wissen über seine Rechte und Pflichten, die Bedeutung der Demokratie, die Möglichkeiten der Partizipation, den Aufbau des politischen Systems usw. Nur so ist die aktive Teilnahme und das Interesse des Volkes am politischen Geschehen zu gewährleisten. Nur ein Bruchteil der Kinder unseres Landes durchläuft bis zum Ende der Schullaufbahn eine umfassende politische Bildung. Teilweise wird dies im Unterrichtsfach „Geschichte“ gelehrt, in anderen Fällen wird „Politische Bildung“ als Freifach angeboten, in wenigen Schultypen ist dieses Fach ein eigenständiger Pflichtgegenstand.

Wir setzen uns dafür ein, dass alle SchülerInnen bereits ab der 7. Schulstufe (3. Klasse HS oder Gymnasium) einen verpflichtenden Unterricht im Fach „Politische Bildung“ durchlaufen. Dies erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass die Jugendlichen besser informiert zur ersten Wahl schreiten. Zusätzlich würde eine solche Maßnahme die Politik(erInnen)- und Demokratieverdrossenheit verringern, was folglich ein funktionierendes demokratisches System auf Dauer legitimieren und sichern helfen würde.

15. Wir setzen uns für eine kostengünstige, umweltfreundliche, faire und respektvolle Wahlwerbung ein!

Derzeit muss man den Eindruck haben, das Vertrauen der wahlwerbenden Parteien und SpitzenkandidatInnen in die eigenen Fähigkeiten strebt gegen Null, nur so scheint es erklärbar, warum in erster Linie der politische Mitbewerber (mit dem man nach der Wahl oft sogar wieder zusammenarbeiten möchte oder muss) schlecht gemacht wird und auf Hochglanzfotos und überdimensionierte Plakate eher vertraut wird als auf Inhalte. Wenn die Höhe des Wahlkampfbudgets als ausschlaggebend erachtet wird, bräuchten wir nur die Kontostände vergleichen um den Wahlsieger zu ermitteln.

Wir setzen uns deshalb einerseits für die Reduktion und andererseits die Angleichung der Wahlkampfbudgets ein. Darüber hinaus fordern wir aus ökologischen und finanziellen Überlegungen den Verzicht auf materielle „Wahlgeschenken“ wie Kugelschreiber, Stofftiere, usw. und sind aus moralischen Gründen für einheitliche Wahlkampfgeln, die u.a. die Diffamierung der politischen Mitbewerber auf parteieigenen Werbematerialien untersagen.

Verantwortung(sbewusstsein) / Vertrauen / Zuverlässigkeit

16. Wir wollen eine auf klaren und konstanten Werten basierende Parteipolitik!

Parteipolitisches Handeln soll stärker auf konstanten Werten und Prinzipien basieren, die für alle Entscheidungen die Grundlage bilden. Es braucht ein solches Fundament als klare Leitlinie, an der Politik gemessen werden und sich ausrichten kann. Ausgehend von einer Wertebasis ist die Entwicklung langfristiger Visionen bzw. Konzepte und eine Prioritätenbildung um ein Vielfaches einfacher und wird über spontane, kurzfristige Begehrlichkeiten gestellt.

Aufgrund einer auf Werten basierenden politischen Ausrichtung werden in der Politik künftig Persönlichkeiten weniger eine Rolle spielen als inhaltliche Ziele und Vorhaben. Die BürgerInnen wissen dadurch, dass jede Partei ihr Leitbild verbindlich veröffentlicht wieder, was sie an welcher Partei haben. Damit besteht eine weitaus höhere Garantie, dass Partei X bei der nächsten Wahl noch Partei X ist und sich nicht hochgradig verändert.

Die Profilierung der Parteien braucht nicht mehr über das Schlechtmachen der Mitbewerber bzw. durch banale oder undurchschaubare Gegenpositionierungen erfolgen, sondern wird vielmehr getragen von eigenen Prinzipien. Die Stärken der Parteien rücken so wieder in den Mittelpunkt, wodurch diese sich auf konstruktive Arbeit konzentrieren können.

Wir fordern deshalb, dass eine solche Wertebasis von allen Parteien geschaffen und veröffentlicht wird, um eine klarere und transparentere Positionierung auf Dauer hin zu gewährleisten. Wir treten dafür ein, dass die verschiedenen politischen Konzepte und Programme auf ein festes Fundament gestellt werden, lehnen jedoch jede Form von Extremismus und Fundamentalismus kategorisch ab.

17. Wir möchten, dass die gewählten VolksvertreterInnen in ihrem öffentlichen Auftreten für Zuverlässigkeit stehen und sich ihrer Verantwortung bewusst sind!

Kaum eine Menschengruppe steht so sehr im Rampenlicht wie PolitikerInnen eines Landes. Bei ihren öffentlichen Auftritten werden sie von Wahlvolk und Medien aufs Genaueste beobachtet.

Diese verantwortungsvolle Stellung ist den PolitikerInnen augenscheinlich nicht mehr bewusst. Systematisch MitbewerberInnen schlecht zu reden, kratzt am Image der gesamten Politik. Das hohe Maß an Vertrauen und Zuverlässigkeit, das VolksvertreterInnen benötigen, kann so nicht entstehen, wodurch sich die Bevölkerung von der Politik abwendet.

Mit jedem Mal, wenn einE PolitikerIn die Zuverlässigkeit einer/-s Kollegen/-in in Zweifel zieht, schwindet ebenso das Maß an Vertrauen in die VolksvertreterInnen insgesamt. Anstatt die MitbewerberInnen immer tiefer durch den Kakao zu ziehen, ist es die verantwortungsvollere Vorgehensweise zuerst vor der eigenen Tür zu kehren und allenfalls konstruktive inhaltliche Kritik, gepaart mit Verbesserungsvorschlägen an- und einzubringen.

18. Wir wünschen uns ein Verständnis von Kontinuität, das nicht gleichbedeutend ist mit sturem Verharren auf einzementierten Positionen!

Gesellschaft und Staat sind einem ständigen Entwicklungs- und Veränderungsprozess unterworfen. Aufgabe der Politik ist es, dies zu steuern und für beständig positive staatliche Rahmenbedingungen zu sorgen.

Wenn aber beispielsweise Gewerkschaften den status quo als unumstößlich erklären und ihre Positionen unter Streikdrohungen einzementieren, mag dies nur auf den ersten Blick wie zuverlässiges Handeln aussehen. Bei näherer Betrachtung und langfristiger Bewertung wird aber klar, dass diese Vorgehensweise Fortschritt oft verhindert und damit das Gegenteil von verantwortungsbewusster Politik ist.

Diese muss nämlich insofern zuverlässig sein, als sie die Verantwortung in sich ändernden Umständen wahrnimmt und Entwicklungen ermöglicht, die den BürgerInnen dauerhaft Vorteile bringt.

Heute jede Änderung der Bildungspolitik zu verhindern, mag kurzfristig die Posten der Lehrenden sichern, mittelfristig aber bereits zu einem solchen Mängeln im Bildungsbereich führen, dass die künftigen LehrerInnen, die heute ausgebildet werden, in einer sich verändernden Gesellschaft nicht mehr zeitgemäße Bildung anbieten können.

Zuverlässigkeit heißt für uns also nicht blindes Verharren, sondern muss gepaart mit Verantwortungsbewusstsein die Zukunft mitbedenken und diese berechenbar gestalten.

19. Wir setzen uns für ein Polit-Ethos ein, einen ethisch-moralischen Grundkonsens politischen Handelns!

Im Ranking der Berufsgruppen, welchen Berufen die Bevölkerung am wenigsten Vertrauen entgegen bringt, rangieren die PolitikerInnen an vorderster Stelle. Laut Wahlmotiv-Analyse bleiben die NichtwählerInnen mehrheitlich deshalb der Urne fern, weil sie „von der Partei enttäuscht sind“ oder gegen „Misswirtschaft und Skandale“ bzw. gegen „unattraktive Parteien“ oder „unattraktive Kandidaten“ protestieren. Und wie z.B. die WikiLeaks-Enthüllungen 2010 klar machten, sind die PolitikerInnen bei geheimen Absprachen, Machenschaften, Betrugereien, usw. durch ihr System nicht restlos gedeckt. Es offenbarte sich auch dadurch ein riesiges moralisch-ethisches Defizit im politischen Handlungsbereich.

Hier sehen wir dringenden Handlungsbedarf und setzen uns deshalb für ein Parteien und Fraktionen überspannendes, alle Ebenen übergreifendes, verbindlich abgestimmtes Polit-Ethos, letztlich für eine gemeinsame Verantwortungsethik aller politischen Akteure ein. Es sollte sich dabei unserer Meinung nach um einen interweltanschaulichen Werte- und Ethikkodex handeln, fußend auf der österreichischen Verfassung und allgemein gewünschter und akzeptierter Werthaltungen des Zusammenlebens, wobei darin die Grundregeln der größten, staatlich anerkannten, in Österreich vertretenen Religionsgemeinschaften Berücksichtigung finden sollten.

Soziale Sicherheit

20. Wir wünschen uns eine minderheitenfreundliche österreichische Politik!

Die Stärke einer Mehrheit lässt sich in ihrem Umgang mit der Minderheit veranschaulichen. Wenn es die Mehrheit nötig hat die Minderheit zu unterdrücken, ist dies kein Zeichen von Selbstbewusstsein, sondern von Schwäche.

Wir sollten uns wieder unserer eigenen Identität besinnen, dann stellt auch keine Minderheit, egal ob religiöser oder sonstiger Art, eine Gefahr dar, im Gegenteil, dann könnten wir ein attraktives Vorbild geben und unsere Partnerschaft anbieten. Mehrheit ist lediglich ein Zeichen von Quantität, kein Ausdruck von Qualität. Genau diese sollten wir aber wieder anstreben und betonen.

21. Wir fordern ein klares Bekenntnis zur staatlichen Versorgung und Sicherung lebenswichtiger Gesellschaftsbereiche!

Die Bereiche Bildung, Energie, Gesundheit, Pflege, Kinderbetreuung, Verkehr, Wasser und Raumordnung müssen zu einem überwiegenden Teil im staatlichen Einflussbereich bleiben, um der Gesellschaft Stabilität zu verleihen und sie nicht der Finanz- und Wirtschaftswelt mit ihrem reinen Gewinnstreben auszuliefern. Finanzierung, Verwaltung und Kontrolle müssen von staatlicher Seite garantiert sein. Es braucht eine klare gesetzliche Grundlage und Reglementierung.

Diese Bereiche dürfen auf keinen Fall vollständig liberalisiert und den Dynamiken des freien Marktes preisgegeben werden. Die Auflagen für private Anbieter müssen in all diesen Bereichen streng bleiben. Wenn außerstaatliche Betreiber tätig sind, werden Tarifbestimmungen, Leistungsabgeltungen und Gewerbeberechtigungen in diesen gesellschaftlich höchst relevanten und (über-)lebenswichtigen Bereichen von staatlicher Hand vergeben, bestimmt und strengstens kontrolliert.

22. Wir wünschen uns ein armutsfreies Österreich!

Wir setzen uns für die Beseitigung von Armut in Österreich ein. In einem der reichsten Länder der Welt muss kein Mensch der Armut verfallen, jede Person soll es sich, ein Dach über den Kopf leisten, sich genügend zu Essen kaufen können bzw. wissen, wie er/sie den morgigen Tag finanziell bewerkstelligen kann.

Wir sehen nicht die Gefahr von flächendeckendem Missbrauch. Im Sinne unseres positiven Menschenbildes glauben wir, dass sich die Menschen aktiv am Erwerbsleben und am gesellschaftlichen Miteinander beteiligen wollen. Armut, Arbeitslosigkeit und soziale Ungleichheiten nähren Fremden-/Ausländerfeindlichkeit und Rassismus und stärken den Zulauf zu rechtsradikalen/-extremen Parteien. Das probateste Mittel dieser gefährlichen Tendenz entgegen zu wirken ist unserer Meinung nach die finanzielle Existenz der Menschen zu sichern, indem z.B. der Staat für alle Menschen das Existenzminimum garantiert, auch ein bedingungsloses Grundeinkommen darf diskutiert und muss nicht ins Reich der Träume verwiesen werden.

Gewaltlosigkeit / Menschlichkeit / Nächstenliebe / Respekt / Wertschätzung

23. Wir wollen eine Politik, die auf Vertrauen, gegenseitiger Wertschätzung und einem positiven Menschenbild aufbaut!

Wenn das Volk der Souverän ist, soll und muss der einzelne Mensch im Zentrum allen politischen Handelns sein. Ein positives Menschenbild, das heißt ein vertrauensvolles Aufeinander-Zugehen, ist somit unumgänglich und unverrückbarer Ausgangspunkt aller politischen Überlegungen.

Wenn jedem menschlichen Wesen daher von Anfang an mit Vertrauen begegnet wird, entsteht erst das politische Klima, aus dem heraus für alle konstruktive Politik gemacht werden kann. Wenn jedem Gegenüber grundsätzlich gleich hohe Wertschätzung entgegengebracht wird, braucht niemand mehr Übervorteilung durch die anderen fürchten, die negative Angstspirale wird so durchbrochen und in ein fruchtbares Miteinander übergeleitet.

24. Wir glauben an einen respektvollen Umgang mit den politischen Mitbewerbern!

Warum wird vielfach nur beschlossen, was aus den eigenen Reihen kommt? Warum muss die Partei allen Abgeordneten ihr Stimmverhalten vorgeben und vertraut nicht auf die Überzeugungskraft der eigenen Argumente?

Aufgabe und Ziel aller PolitikerInnen sollte sein: Gemeinsam für das Volk aktiv zu sein! Daher soll dies auch vorrangig betrieben werden und nicht Trennendes vor Verbindendes gestellt werden. Dieses Vorhaben funktioniert von Anfang an nur, wenn auch auf höchster Ebene gegenseitige Wertschätzung und ein Grundmaß an Vertrauen vorhanden sind.

Die Akteure und -innen sind daher unserer Ansicht nach verpflichtet, dieses Klima zu pflegen und nicht ihre Energie für „die Bekämpfung des politischen Gegners“ aufzuwenden. Das Verständnis von Gegnerschaft muss aufgebrochen werden und übergehen in das eines gleichberechtigten und -legitimierten Gegenübers, das zur Beschlussfassung notwendig und gleichwertig ist. Abgeordnete repräsentieren das Volk, eine Beschimpfung wird daher faktisch von vielen begangen und trifft viele.

Wir wollen, dass politische Diskussionen im Fernsehen wieder mitverfolgbar werden, indem eine gepflegte Diskussionskultur Einzug hält, die es ermöglicht, den einzelnen Wortmeldungen zu folgen.

25. Wir setzen uns für ein kinderfreundliches Österreich ein!

Kinder sind die Zukunft unseres Landes. Für die positive und stabile Entwicklung der heranwachsenden Generation sind gerade in den ersten Lebensjahren konstante Bezugspersonen, die mit ihrer Nähe und Liebe für emotionale Geborgenheit und Rückhalt sorgen, von entscheidender Bedeutung. Im Normalfall sind dies die Eltern bzw. ein Elternteil eines Kindes.

Diese liebevolle Zuneigung und emotionale Bindung ist nicht zu ersetzen, nicht von BabysitterInnen, HorterzieherInnen, Kindergarten- oder VolksschulpädagogInnen usw., da diese nur eine vorübergehende

Begleitung gewährleisten können. Sind die Eltern bereit bzw. imstande die Erziehungsaufgaben in vollem Umfang wahrzunehmen, sollte von staatlicher Seite alles unternommen werden, um diesem Wunsch nachkommen zu können. Dazu zählt auch ein durchgängig konzipiertes Bildungssystem, damit nicht schon im Alter von zehn Jahren die elterliche finanzielle Leistungsfähigkeit über die Zukunft unserer Kinder entscheidet.

Unserer Meinung nach wird dieses Bestreben von staatlicher Seite zu wenig gefördert, sowohl finanziell als auch institutionell. Nicht umsonst ist auch die gewünschte Kinderanzahl der österreichischen Durchschnittsbevölkerung um einiges höher als die tatsächliche Geburtenrate. In einem Land, das eine viel zu geringe Reproduktionsrate aufweist, um den Bevölkerungsstand in den nächsten Jahrzehnten zu halten, sollte die Förderung von Kindern und deren Familien von erkennbarer politischer Wichtigkeit sein, um den Sozialstaat und den Wohlstand auch für die künftigen Generationen zu sichern. Dies funktioniert aber nicht ohne die Unterstützung von Wirtschaft und Gesellschaft im Allgemeinen.

Die österreichische Bevölkerung und Politik müssen sich entscheiden: Sie können nicht gleichzeitig gegen Zuwanderung und gegen Kinder sein, denn das bedeutet mangels arbeitsfähiger Gesellschaftsschichten das Ende des momentanen Sozial- und Wohlfahrtsstaates! Wenn Frauen belächelt werden, wenn sie mit drei oder mehr Kindern durch die Welt gehen oder Kinder in öffentlichen Bereichen nicht mehr weinen oder andersartig auffallend sein dürfen, dann wirkt sich das aus. Es sind in dieser Agenda also alle gefragt umzudenken, ob Regierung, Wirtschaft oder „einfache/r Bürger/in“.

26. Wir setzen uns für eine Dialog-Politik ein, die auf Kooperation, Konsens bzw. auf Gesprächs- und Kompromissbereitschaft setzt!

Die aktuelle Politik ist wie auch die Wirtschaft und viele andere Teile unserer Gesellschaft auf erbitterte Konkurrenz angelegt. Symptome davon sind eine denunzierende, verachtende, untergriffene Rhetorik, doppelgleisiges, ressourcenverbrauchendes Arbeiten und das bereits übliche vehemente Ablehnen von Gestaltungsvorschlägen anderer Fraktionen. Dieses Faktum trägt unserer Meinung nach Mitschuld an der tristen Situation und dem schlechten Image der heutigen Politik. Unser politisches System ist eines, welches grundsätzlich auf Konsens anlegt ist (Konkordanzmodell).

Ein Verhältniswahlssystem lebt in den meisten Fällen von Koalitionen. Unserer Meinung nach können solche Koalitionen aber nur gut funktionieren, wenn diese auf Kooperation und Kompromissbereitschaft aufgebaut sind. Alles andere bedeutet „Stillstand“, ein Phänomen, das ja schon längere Zeit diagnostiziert wird. Wir setzen uns dafür ein, dass Parteien sehr wohl ihre Positionen darlegen und vertreten, dass aber Regierungen und gewählte Entscheidungsträger in Koalitionen gemeinsam Lösungen für anstehende Herausforderungen finden und umsetzen. Gerade bei den großen Aufgaben unserer Zeit wäre eine kooperative, konstruktive Vorgangsweise höchst notwendig. Darüber hinaus ist es bei wichtigen Entscheidungen unserer Meinung nach unerlässlich frühzeitig alle politischen Player in Gesprächen in die Entscheidungsprozesse einzubinden und diese nicht anschließend vor nackte Tatsachen zu stellen. Eine solche Vorgangsweise könnte der regierenden Politik im Nachhinein viel Mühsal und geäußerten Unmut ersparen.

Gleichheit / Gleichbehandlung / Gleichberechtigung / Toleranz

27. Wir fordern Gemeinwohl-Politik, ohne eine Bevölkerungsgruppe zu privilegieren!

Klientelpolitik bedeutet, die eigene Handlungsfähigkeit aufzugeben (freies Mandat!) und als Marionette sein (Ge)wissen zu verraten. Übergroße Gier der eigenen Klasse fördert lediglich Neid und Ungleichbehandlung. In Zeiten der größer werdenden Einkommensschere ist es nicht zuletzt des sozialen Friedens aller geschuldet ausgleichend tätig zu werden und nicht eingefahrene Bevorzugungen weiter zu verstärken. Dazu gehören Mut und Verantwortungsgefühl, dieses lassen aktuelle AmtsträgerInnen leider allzu oft vermissen.

Es braucht Gerechtigkeit der Politik gegenüber allen Schichten, Altersgruppen und Gesinnungen. Es darf keine differenzierte Gerechtigkeit geben. Es müssen dieselben Anforderungen und Voraussetzungen für alle gelten. Die Politik soll sich nicht unverhältnismäßig auf eine Bevölkerungsgruppe konzentrieren und diese bevorzugen. Die (regierende) Politik darf nicht als Klientelpolitik instrumentalisiert werden, sondern muss sich auch für Bevölkerungsgruppen einsetzen, die nicht über eine starke Lobby verfügen bzw. zur Stammwählerklientel der eigenen Partei zählen.

Ziel der Politik muss wieder werden, für alle das Beste herauszuholen, überdimensionaler Reichtum von Wenigen macht diese nicht glücklicher, treibt aber eine Vielzahl von Menschen in die Armut. Die Ressourcen sind begrenzt, wir glauben aber an eine gerechtere Aufteilungsmöglichkeit. Sich um diese zu bemühen ist dringender Auftrag der Politik(erInnen).

28. Wir setzen uns für die Gleichbehandlung aller Menschen ein!

Auch jede auf österreichischem Boden lebende Person hat sich das höchstmögliche Maß an respekt- und würdevollem Umgang verdient. In einer solchen Sichtweise ist jeder Mensch gleich viel wert und gleich bedeutsam, die Menschenrechte sind ein unumstößliches Gut.

Wir fordern, dass dieses Menschenbild sich auch in den politischen Sicht- und Handlungsweisen widerspiegelt. Die Folge davon ist, dass der/die Bundespräsident/in vor dem Gesetz und in öffentlichen Einrichtungen genauso behandelt wird wie der/die „einfache“ BürgerIn, die Asylwerberin genauso wie die Österreicherin ohne Migrationshintergrund, die Managerin genauso wie die Putzfrau, der Katholik genauso wie der Muslime, Frauen genauso wie Männer.

Wir verweigern uns gegen vorschnelle Vorurteile, Etikettierung und Bevormundung. Konsequenterweise entspringt aus einer solchen Grundhaltung auch die Ansicht, dass Menschen für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn erhalten, unabhängig von Geschlecht, Religionszugehörigkeit oder Hautfarbe.

29. Wir glauben an einen echten Dialog der Kulturen und wollen eine politische Öffentlichkeit, die die Begegnung von Menschen unterschiedlicher Religionen aktiv fördert und gutheißt!

Integration ist eines der zentralen Themen, von denen die künftige Entwicklung unseres Landes wesentlich abhängt. Wir setzen uns für eine Politik ein, die sich merklich und vehement bemüht, ein friedvolles, respektvolles, wertschätzendes Klima zwischen den in Österreich lebenden Ethnien und Religionsgemeinschaften zu schaffen.

Integration geht uns alle an. Dabei darf es nicht bei vereinzelt Aktionen und Einrichtungen bleiben. Fremdenfeindlichkeit und Rassismus basieren zumeist auf Grundlage von Unverständnis und Missinterpretation der gegenüberliegenden „fremden“ Seite.

Wir setzen uns für eine stärkere, vielschichtige Förderung von Möglichkeiten und Plattformen des gegenseitigen Kennenlernens und Verstehens zwischen den unterschiedlichen Kulturen und Religionsbekenntnissen. Alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens sollen zu einem echten Dialog animiert werden. Grundlage und Voraussetzung für einen echten Dialog ist die wechselseitige Akzeptanz und Bereitschaft der Kulturen die jeweilige Lebensweise zu tolerieren, von der „Mehrheitskultur“ gegenüber den „Minderheitskulturen“ und umgekehrt.

Wesentlicher Bestandteil dieses Vorhabens ist eine intensivere Auseinandersetzung und Konfrontation mit diesem Leitbild bereits in Kindergarten und Schule. Durch eine bewusst geregelte Durchmischung der Gruppen und Schulklassen soll eine Begegnung der Kulturen zur Selbstverständlichkeit werden. Durch eine bei weitem höhere und vielfältigere Subventionierung könnten diverse Begegnungsinitiativen und -ideen, die es bereits gibt, verstärkt gefördert werden und der Anreiz für neue geschaffen werden. Kulturelle Diversität soll künftig als Bereicherung und nicht als beängstigender Umstand erkannt und verstanden werden.

30. Wir setzen uns für eine faire, gerechte politische Medienberichterstattung, vor allem in Wahlkampfzeiten ein!

Medien schaffen die politische Öffentlichkeit. Ohne Medien wäre Politik nicht machbar. Gerade in einer Demokratie braucht das Wahlvolk Informationen über politische Vorgänge, um darauf reagieren und am politischen Prozess partizipieren zu können. Wird über etwas berichtet wissen es viele, wird über etwas nicht berichtet, so weiß es keiner, könnte man etwas überspitzt anmerken.

Medien haben große Macht. Wir fordern deshalb, dass mit dieser Macht verantwortungsvoll umgegangen und diese nicht missbraucht wird. Die österreichischen Medienunternehmen, vor allem die großen unter ihnen sollten sich fragen und letztlich entscheiden, welche Politik sie weiterhin präsentieren wollen? Ist es ihnen lieber, wenn sich die Parteien in den Haaren liegen und für unser Land nichts weiter geht? Oder fordern und fördern sie eine entscheidungswillige Politik des Dialoges, des Konsens und des Kompromisses, die in einem Konkordanzmodell, wie wir es haben, einfach notwendig ist oder tun sie es nicht? Wenn die momentane große Koalition auf Bundesebene anfangs für ihren „Kuschelkurs“ belächelt wurde (um nur ein Beispiel zu nennen), dann lässt sich erahnen, welche Art der Politik die Medien bevorzugen. Wir wissen, dass eine solche Strategie wahrscheinlich mehr MedienkonsumentInnen anlockt, aber ob sie für das Wohl unseres Heimatlandes dienlich ist, stellen wir zur Diskussion.

Wir sehen es darüber hinaus als ungerecht an, wenn vor Wahlen nicht alle wahlwerbenden Parteien die Möglichkeit bekommen, sich über die großen Medien unseres Landes Gehör zu verschaffen. Wir setzen uns dafür ein, dass die mediale Berichterstattung künftig im Sinne einer neuen politischen Kultur erfolgt, indem wir als Initiative (gemeinsam mit dem restlichen Wahlvolk) deren Aufmachung und Präsentation ganz genau analysieren, diese Fairness immer wieder einfordern und als KonsumentInnen unsere Konsequenzen ziehen.

Authentizität/Ehrlichkeit / Rechtmäßigkeit/Gesetzestreue / Selbstreflexion / Transparenz

31. Wir wollen eine transparente und nachvollziehbare Politik!

Eine transparente und nachvollziehbare Politik trägt wesentlich zur Verbesserung der politischen Kultur bei. So muss die politische Entscheidungsfindung transparent sein, die getroffenen Vereinbarungen und Entscheidungen müssen genau nachvollziehbar und die Wege der Entscheidungsfindung müssen schlüssig sein. Dies bedeutet auch die Zuordnung von Entscheidungen zu konkreten sachpolitischen Überlegungen und Argumenten. Hier sind keine allgemeinen Stehsätze gefragt, sondern konkrete Antworten auf konkrete Fragen. Dies erleichtert die Überprüfbarkeit in rechtlicher und sachlicher Hinsicht und stärkt das Vertrauen in die Politik! Transparenz bei Entscheidungen ist auch in Hinblick auf die Erreichung größerer Ziele ein essentieller Bestandteil, da damit eine kontinuierliche Entwicklung gewährleistet werden kann und Fehlentscheidungen leicht zu identifizieren sind.

Personelle, strukturelle und finanzielle Entscheidungen wie Postenbesetzungen und Parteienfinanzierung sollten völlig transparent gemacht, detailliert dokumentiert und der Öffentlichkeit auf einfache Art und Weise (Homepage, Quartalsberichte) zugänglich gemacht werden. Die Verwendung von Steuergeld soll für die Bürgerin und den Bürger nachvollziehbar sein. Die Hemmschwelle solche Daten einzusehen hängt von der Aufbereitung und der Zugänglichmachung der Daten ab.

Transparenz bedeutet im Umkehrschluss auch ehrlich darzulegen, warum Dinge nicht beschlossen wurden. Den WählerInnen muss es wieder möglich werden, Entscheidungsprozesse nachvollziehen und aufgrund derer bei den nächsten Wahlen zu entscheiden.

32. Wir fordern Ehrlichkeit bei politischen Entscheidungen und in der Kommunikation von Entscheidungen!

Das Wahlvolk darf nicht für dumm verkauft werden! Unpopuläre Entscheidungen sind nicht absichtlich falsch zu begründen um sie dem/der BürgerIn zu seinem Wohl einzureden, sondern die Fakten sind klar darzulegen. Insbesondere bei einschneidenden Maßnahmen ist es Aufgabe der Politiker auf die Bevölkerung zuzugehen und Entscheidungen, die unpopulär sind nicht im Hinterzimmer zu treffen um hinterher eine Front zu bilden. Einschneidende Maßnahmen sind erst nach Gesprächen mit den betroffenen Interessensvertretungen und unter Hinzuziehung von Experten zu treffen und dürfen nicht in überstürzten, unter Geheimhaltung stattfindenden Treffen vorbereitet werden.

Wahlversprechen sind einzuhalten. So müssen Aussagen von Politikern am gegebenen Wort festzuhalten sein, sie sollen wie mündliche Verträge eine bindende Wirkung entfalten. Absichtlich falsche und undurchsetzbare Zusagen von Politikern resultieren in Verdrossenheit.

Ehrlichkeit und Authentizität bedeutet gleichermaßen die Verantwortung zu übernehmen und zu Falschentscheidungen zu stehen. Selbst persönliche Konsequenzen nach etwaigem Fehlverhalten zu ziehen zeugt von Rückgrat und ist Ausdruck positiver politischer Kultur

33. Wir fordern eine verfassungs- und gesetzestreue Politik!

Politisches Handeln darf nur im Rahmen der Gesetze stattfinden. Die Verfassung und die Gesetze des Staates Österreichs bilden dessen Gerüst, regeln das Miteinander der BürgerInnen in diesem Land und garantieren ein friedliches, menschenwürdiges Zusammenleben.

Wenn die Glaubhaftigkeit des Rechtsstaates gewährleistet bleiben soll, sollen sich die gewählten RepräsentantInnen, die PolitikerInnen, an diese allgemein verbindlichen Grundregeln halten und diese leben. Politiker sollten dabei eine Vorbildfunktion einnehmen, die andere dazu ermutigt, den Wert von Gesetzen zu verstehen und sich nach diesen richten. Insbesondere, dass es die PolitikerInnen sind, die Gesetze beschließen und sich für die Qualität dieser verantwortlich zeigen sollen.

Rechtlich korrekte und unkorrekte Verhaltensweisen sind klar zu trennen und politische Konsequenzen sind aus nicht gesetzeskonformen Verhalten zu ziehen und nicht zu entschuldigen. Politisch Verantwortliche müssen sich ihres Vorbildcharakters besinnen und in Folge dessen die österreichische Verfassung und die geltenden Gesetze achten und strengstens einhalten und sämtliche Versuche der Verletzung dieser unterlassen.

Freiheit / Gerechtigkeit / Unabhängigkeit

34. Wir treten für die Unabhängigkeit gewählter Repräsentanten ein!

Mandatare und -innen brauchen die freie Wahlmöglichkeit, Entscheidungen nicht nach Parteilinie, nicht nach Klientel, sondern zum Wohl der betreffenden Bevölkerungsgruppen zu treffen.

Damit sollen Politiker im Stimmverhalten unabhängig von Parteivorgaben sein, jedoch sich ihrer Verpflichtung gegenüber Österreich und Europa bewusst sein. Davon eingeschlossen ist die Unabhängigkeit von Parteistrukturen, notwendige Entscheidungen durchzusetzen und damit, die in den unterschiedlichen Sachthemen erforderlichen Maßnahmen, für langfristige Ziele zu treffen.

35. Wir fordern eine unverrückbare Akzeptanz der allgemeinen Religionsfreiheit und treten gegen die Instrumentalisierung von Religion in der politischen Auseinandersetzung ein!

Freiheit im Sinn von Religionsfreiheit bedeutet das Recht zu haben einer Religion nicht nur zuzugehören sondern diese auch auszuüben. Politik darf nicht den Fehler machen Religion zu einem Instrument für oder gegen werden zu lassen, die einzige Lösung kann nur gemeinsames Handeln sein. So ist die unverrückbare Akzeptanz der allgemeinen Religionsfreiheit essentiell und Religion darf nicht in der politischen Auseinandersetzung instrumentalisiert werden.

Religionsfreiheit als solche und das Recht auf freie Meinungsäußerung sind essentiell für Demokratien. Ein respektvoller Umgang mit Religionen im politischen Alltag ist notwendig, um Verhetzung und Missverständnissen vorzubeugen und um der Gesellschaft die Angst vor dem Fremden und Unbekannten zu nehmen. Unbedachte Äußerungen verhärten nur das politische Klima und lassen keine gemeinsame Basis zu. Glaubensrichtungen, deren Werte mit den gesellschaftlich anerkannten Grundwerten vereinbar sind, vor allem offiziell anerkannten Religionsgemeinschaften sollte die Religionsausübung ermöglicht werden. Von Seiten politischer Entscheidungsträger muss der verfassungsrechtliche Grundsatz der Religionsfreiheit ernst genommen werden und es Gläubigen ermöglicht werden in adäquater Weise Ihre Religion ausüben zu dürfen.

Es ist Aufgabe der Politik das politische Bewusstsein zu wecken, dass es ohne Religionsfrieden keinen gesellschaftlichen und sozialen Frieden geben kann und die Politik soll eine Vorbildfunktion im Umgang mit Religionen einnehmen und die notwendige Sensibilisierung leisten.

Weiters treten wir vehement gegen die Instrumentalisierung von Religion im politischen Kontext auf. Die Trennung von Politik und Religion muss in allen Angelegenheiten gelten. Religiöse Symbole wie Kreuze, Burka oder Kopftücher dürfen politisch nicht für Stimmenfang missbraucht werden.

Die Meinungs-, Presse- und Rundfunkfreiheit ist ein Grundstein der politischen Kultur und muss uns als Warnfunktion bei Fehlverhalten dienen. Dazu muss von der Pressefreiheit Gebrauch gemacht werden den politischen Diskurs kritisch wahrzunehmen und zu hinterfragen.

36. Wir setzen uns für eine Stärkung der demokratischen Grundsäulen – Menschenrechte, Gewaltenteilung, Meinungs- und Pressefreiheit - ein!

Neben dem allgemeinen Wahlrecht sind

1. die Garantie der Grundrechte jedes Einzelnen gegenüber dem Staat und die Grundrechte der gesellschaftlichen Gruppen (insbesondere religiösen Gemeinschaften)
2. die Gewaltenteilung zwischen den Staatsorganen Regierung [Exekutive], Parlament [Legislative] und Gerichten [Judikative]
3. Meinungs-, Presse- und Rundfunkfreiheit

die wesentlichen und essentiellen Grundpfeiler für eine funktionierende und überlebensfähige Demokratie.

Wir setzen uns für Stärkung, Wiederbelebung und/ oder Wiederaufbau dieser Grundprinzipien ein.

Konstruktivität / Integrität / Verbindlichkeit

37. Wir fordern Integrität als Grundvoraussetzung von Politikern!

Eigenschaften wie Rechtschaffenheit und Aufrichtigkeit stellen für uns Grundvoraussetzungen von PolitikerInnen dar. Nur integeres Handeln kann Menschen überzeugen und nur durch das Vertrauen der Menschen können langfristige Ziele verwirklicht werden.

Integrität stellt im Idealfall die Übereinstimmung zwischen idealistischen Werten und dem tatsächlich Gelebten dar. Dies setzt eine klare Orientierung des politischen Handelns an Werten voraus. Wir denken, dass Politiker, die sich der Grundwerte menschlichen Zusammenlebens bewusst sind, auch Entscheidungen nach diesen treffen und Entscheidungen nicht von momentanem Gutdünken getragen werden.

38. Wir setzen uns dafür ein, dass in der Politik wieder konstruktive Entscheidungen getroffen werden!

Wir fordern die Politiker dazu auf Konflikte in Lösungen enden zu lassen. Divergenzen sollen konstruktiv diskutiert werden und nicht als unlösbar hinangestellt werden. Dies betrifft insbesondere Debatten in den Kernbereichen, die mit dem Focus auf das Gemeinwohl der Bevölkerung getroffen werden sollen.

Unter Konstruktivität fällt nicht allein „das Aufbauen“ von politischen Entscheidungen, sondern wir verstehen darunter den Entscheidungsprozess selbst. Wenn der politische Diskurs von Seitenhieben, Arroganz und Engstirnigkeit frei ist, können überraschend neue Lösungen für lang anstehende Probleme gefunden werden. In konstruktiven Entscheidungsprozessen soll Kompetenz gemeinsam mit Mut und Verbindlichkeit vorhanden sein. Nur dann kann eine ausgewogene und damit konstruktive Lösung erreicht werden.

Streitkultur soll in politischen Debatten nicht länger nur wünschenswert sein, Politikern muss klar sein, dass sie gewählt sind um sachlich und konstruktiv an einer Sache für Österreich und Europa zu arbeiten. Persönliche Kränkungen und Beleidigungen haben keinen Platz.

39. Wir fordern politische Zusagen und Versprechen, die verbindlich sind!

Politiker sollen wieder an ihrem gegebenen Wort gemessen werden. Die Verbindlichkeit soll dazu beitragen wieder Konsequenzen aus nicht angemessenem Verhalten zu ziehen. Verbindliche Ziele erleichtern die Überprüfbarkeit und stärken das Vertrauen in die Politik. Wünschenswert wäre es, wenn die Eigenschaft zu seinem/ihrer Wort zu stehen und Versprechen nur mit der Gewissheit zu treffen diese einhalten zu können, wieder Einzug in die Politik finden würden. Auch würde ein Mehr an Verbindlichkeit gegenüber dem Wähler, diesem erleichtern Wahlausgänge zu beeinflussen und damit das Vertrauen in die Politik zu stärken.

Im Bereich der Verbindlichkeit nehmen Politiker eindeutig Vorbildfunktion ein, denn es liegt an Politikern und Parteien nachvollziehbar, transparent und verbindlich zu handeln und damit der Politikverdrossenheit entgegen zu wirken.

KONTAKT:

politische-kultur@gmx.net

© 2011

POLK, 8010 Graz

2. Auflage